

Ministerfragen und andere an Thorsten Frei

Interview Wie reagiert der CDU-Bundestagsabgeordnete auf Vorwürfe, die CDU sei rechts, und welcher Minister wäre er gerne? Antworten gibt's im Interview.

SCHWARZWALD-BAAR-KREIS. Dieser Wahlkampf ist ein besonderer für den 51-Jährigen – das wird auch im Gespräch mit ihm deutlich.

Herr Frei, Ihrer Partei wird oft vorgeworfen, am rechten Rand und unter den AfD-Wählern zu fischen. Gestatten Sie mir daher eine provokante Frage: Wie rechts sind Sie, Herr Frei?

Die Frage von rechts und links ist doch eher Geografie, wie das Helmut Kohl einmal bezeichnet hat. Das ist nicht das Wesentliche. Wesentlich ist, dass wir die Herausforderungen für die Menschen sehen und darauf die richtigen Vorschläge und Antworten geben.

Dennoch: Für viele Wähler stellt sich die Frage nach Rechts und Links sehr wohl, gerade mit Blick auf die AfD. Wie sehen Sie CDU und AfD, wo grenzen Sie das ab?

Die AfD ist eine in Teilen rechtsextreme und antisemitische Partei. Deswegen gilt für uns, dass es keine Form der Zusammenarbeit mit der AfD geben kann. Das sagen wir vor der Wahl und das praktizieren wir nach der Wahl. Daher muss jedem klar sein, dass diejenigen, die die AfD wählen, damit am Ende eine Partei wählen, die nicht der Regierung angehören wird – und sie damit möglicherweise eine Politik befördern, die eher links ist. Ich schaue ausschließlich nach vorn und darauf, wie wir eine neue wirtschaftliche Dynamik entfachen, Migration begrenzen und die Gesellschaft wieder zusammenführen können.



Friedrich Merz und Thorsten Frei in Berlin. Foto: Michael Wittig

Alleine würde es für die CDU nicht reichen. Wagen Sie mit uns also bitte einen Blick in Ihre Glaskugel: Am 24. Februar 2025, auf welches Wahlergebnis werden wir da blicken?

Ich habe keine Glaskugel und deswegen ist das Einzige, was zählt, um jede einzelne Stimme und dafür zu kämpfen, am 23. Februar so stark wie möglich zu werden. Die Wählerinnen und Wähler haben es in der Hand, uns ein starkes Mandat zu erteilen. Denn nur CDU und CSU werden einen Politikwechsel ermöglichen.

Wird Friedrich Merz unser nächster Kanzler sein?

Davon bin ich überzeugt. Er wird das sehr gut machen.

Und Sie? Werden Sie einen Ministerposten absahnen?

Das weiß ich nicht, und das ist im Moment auch kein Thema.

Und wenn Sie Minister wären, welcher wären Sie gerne?

Also erstmal müssten wir die



„Die AfD ist eine in Teilen rechtsextreme und antisemitische Partei. Deswegen gilt für uns, dass es keine Form der Zusammenarbeit mit der AfD geben kann“, betont Thorsten Frei im Interview. Foto: Tobias Koch (www.tobiaskoch.net)

Wahl gewinnen. Und dann müsste die Frage nicht ich entscheiden, sondern jemand anderes. Vor allem glaube ich nicht, dass man sich da irgendetwas aussuchen dürfte. Aber nochmal: Es geht jetzt darum, die Bundestagswahl zu gewinnen. Das haben wir noch lange nicht geschafft. Wir müssen jetzt mit voller Kraft für unsere Idee für eine gute Zukunft werben.

Was sind denn für die Region die drei wichtigsten Punkte, für die Sie sich in Berlin einsetzen wollen?

Das Allerwichtigste, und das gilt gerade für unseren wirtschaftsstarken Wahlkreis: Wir müssen alles dafür tun, dass die Wettbewerbsbedingungen wieder besser werden. Wir haben in der Region besonders viele Unternehmen aus dem industriellen Bereich, besonders viele Hidden Champions, für die sehr viel davon abhängt, wie große Industriezweige – Maschinenbau, Elektroindustrie, Automotive – sich am Standort weiterentwickeln. Wir müssen unsere infrastrukturellen Nachteile so schnell wie möglich beseitigen – das betrifft sowohl die Schiene als auch die Straße – und hier als wichtiges Projekt die B523 als Verbindung der Nord-Süd-Tangenten A5 und A81. Der zweite Punkt ist die digitale Infrastruktur, da sind wir ganz gut unterwegs, aber da geht es nicht nur um die Glasfaserverkabelung, sondern auch um die Versorgung mit Mobilfunk. Wir werden dann erfolgreich sein, wenn man hier die wunderschöne Landschaft genießen kann, aber eben auch die Chance hat, von hier aus weltweit zu arbeiten. Und das Dritte ist die Sicherung der medizinischen Versorgung für die Menschen. Das gilt für die hausärztliche Versorgung, für Frauenärzte, Kinderärzte und Augenärzte.

Die steigende Inflation treibt viele Bürger um. Haben Sie Vorschläge für eine Entlastung, auch mit Blick auf Energie und Steuern?

Wir haben im Rahmen unserer Agenda 2030 den Vorschlag unterbreitet, eine Einkommensteuerreform zu machen, die das Ziel hat, den Einkommensteuertarif insgesamt nach rechts zu verschieben. Das wür-

de insbesondere kleine und mittlere Einkommen entlasten. Darüber hinaus geht es nicht darum, dass man punktuelle Akzente setzt, sondern dass man insgesamt dafür sorgt, dass wir möglichst keine Inflation haben. Deswegen sind wir gut beraten, eine solide Haushalts- und Finanzpolitik zu machen. Ich bin mir vollkommen darüber im Klaren, dass das Thema Inflation von allergrößter Bedeutung ist. Wir haben das auch in den USA gesehen. Anders als in Deutschland gibt es dort ein ganz erhebliches Wirtschaftswachstum von dreieinhalb Prozent. Und trotzdem wird die Wirtschaftspolitik Hauptthema im Präsidentschaftswahlkampf. Das hing damit zusammen, dass die Wirtschaft zwar einigermaßen gut läuft, aber die Inflation für ganz normale Familien den Wocheneinkauf im Supermarkt trotzdem immer teurer macht. Und ehrlicherweise ist das in Deutschland nicht viel anders. Wir haben ständig steigende Preise und dagegen müssen wir etwas tun.

Und was ist mit den Energiepreisen?

Dass Deutschland mit die höchsten Strom- und Energiepreise der Welt hat, hängt damit zusammen, dass wir eine so restriktive Energiepolitik machen. Die ist unglaublich teuer. Zusätzlich haben wir aber eine besonders hohe Abgabenlast. Deswegen plädieren wir dafür, dass wir die Stromsteuer auf das europarechtliche Minimum und ebenso die Netzgelte reduzieren. Für die Finanzierung machen wir übrigens einen konkreten Vorschlag: Dafür sollte man die Gelder aus der CO2-Bepreisung einsetzen. Dann hätte man die Lenkungswirkung der CO2-Bepreisung und könnte gleichzeitig die Menschen entlasten.

Wo werden diese Gelder aktuell eingesetzt?

Die vereinnahmt der Staat. Die aktuelle Koalition hatte sich vorgenommen, die Gelder aus der CO2-Bepreisung über ein sogenanntes Klimageld an jeden Bürger auszuzahlen. Sie haben es aber nie gemacht. Das war ein Wahlversprechen, das die Ampelkoalition gebrochen hat.

Blicken wir nochmal gemeinsam nach Amerika: Donald Trump wird in Kürze wieder ans Ruder gehen. Und in Russland haben wir Putin, der Krieg führt. Mit welchen Emotionen blicken Sie auf die beiden?

Das sind nicht die gleichen Emotionen. Wladimir Putin ist ein aggressiver Autokrat, der das Nachbarland Ukraine völkerrechtswidrig überfallen hat und dort jeden Tag unsägliches Leid über die Menschen bringt, zivile Einrichtungen bombardiert und Menschen verschleppen lässt. Das ist einzigartig und das kann man nicht relativieren. Wir müssen mithelfen, diesen schrecklichen Krieg in Europa so schnell wie möglich zu beenden. Und ich bin davon überzeugt, dass man das am besten aus einer Position der

„Wir dürfen uns nicht wundern, wenn amerikanische Präsidenten Politik für das amerikanische Volk machen.“

Thorsten Frei
Bundestagsabgeordneter

Stärke heraus macht. Deswegen ist es notwendig, die Ukraine zu unterstützen. Und wir müssen die Bundeswehr so stark machen, dass man sie nie braucht, weil niemand wagt, uns anzugreifen. Und was Donald Trump angeht: Wir kennen seine erste Amtszeit, wissen, dass er teilweise sehr erratisch Politik betreibt. Natürlich schaue ich mit Sorge und Vorsicht auf die Inauguration des Präsidenten. Das hängt auch damit zusammen, dass die USA für uns das wichtigste Partnerland sind. Sie sind der Garant der Sicherheit in Europa. Insofern betrifft uns alles, was in den USA passiert. Wir brauchen eine enge europäische Zusammenarbeit. Als Deutschland müssen wir wirtschaftlich wieder so stark wie irgend möglich werden. Und wir müssen dort liefern, wo die Amerikaner – ich sage ausdrücklich nicht Donald Trump – Recht haben, etwa, was unseren Anteil an der Sicherheit in

Europa angeht.

Ist Trumps Forderung von fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Verteidigung gar nicht so illusorisch in Ihren Augen?

Doch, die Höhe ist schon illusorisch. Fünf Prozent der Gesamtwirtschaftsleistung gibt auch die USA nicht für Sicherheit und Verteidigung aus. Wir geben in Deutschland derzeit etwa 51 Milliarden Euro im Verteidigungsetat aus. Wenn wir zwei Prozent erreichen wollten, müssten wir etwa 80 Milliarden Euro ausgeben. Und wenn man die fünf Prozent mit der Gesamtwirtschaftsleistung in Deutschland vergleicht, müssten wir anstatt der aktuell 51 Milliarden sogar 200 Milliarden Euro für die Bundeswehr aufwenden. Der ganze Bundesetat dieses Jahr liegt bei etwa 470 Milliarden Euro. Da wird deutlich, dass das nicht realistisch ist. Aber wir dürfen uns umgekehrt auch nicht wundern, wenn amerikanische Präsidenten Politik für das amerikanische Volk machen. Und es gibt auch nicht viele Gründe, warum die Amerikaner für die Sicherheit der drittgrößten Wirtschaftsmacht der Welt bezahlen sollten. Umso unverantwortlicher war, dass Olaf Scholz seinen Ankündigungen einer echten Zeitenwende keinen dauerhaften Aufwuchs des Wehretats hat folgen lassen.

Sie fordern ein Selbstbewusstsein. Wo können wir selbstbewusst gegenüber Amerika sein?

Wir sind das größte und wirtschaftsstärkste Land in der Mitte Europas. Wir sind immer noch, trotz unserer Schwächen, die drittgrößte Wirtschaftsation der Welt, noch vor Japan. Wir haben eine enorme technologische Kraft, aber wir werden unter unseren Möglichkeiten regiert und erleben eine schleichende Deindustrialisierung. Wir sind hier bei uns trotz ländlicher Prägung eine bärenstarke Industrieregion. Und wenn Deutschland an Kraft, an Stärke, an Vitalität verliert, besteht die Gefahr, dass es uns hier besonders stark trifft. Gerade hier in der Region haben wir mit den Hochschulen, aber auch mit Forschungseinrichtungen wie der Hahn-Schi-

ckard-Gesellschaft beste Voraussetzungen. Und wir brauchen eine Bundeswehr und eine Verteidigungspolitik, die so stark sind, dass Verteidigung glaubwürdig möglich ist.

Zurück zum Wahlkreis – werden Sie hier verstärkt präsent sein – oder müssen Sie Herrn Merz in Berlin den Rücken stärken?

(lächelt) Ich bin in diesem Wahlkampf erstmals in der Situation, dass ich viele Dinge gleichzeitig machen muss. Das hängt zum einen mit der Kürze des Wahlkampfes zusammen, aber auch damit, dass wir weitere Sitzungswochen in Berlin haben, die ich als parlamentarischer Geschäftsführer vorbereiten muss. Wir haben jetzt ein Wahlprogramm geschrieben, und wir machen zum Parteitag Anfang Februar ein Sofortprogramm. Es gibt viele politisch-strategische Entscheidungen, die gerade zu treffen sind. Das bindet viel Arbeitszeit und Arbeitskraft. Ich bin Spitzenkandidat der CDU Baden-Württemberg und habe daher Wahlkampftermine im ganzen Land und bundesweit. Das hatte ich in der Vergangenheit so nicht. Und darüber hinaus versuche ich, so gut es geht, im Wahlkreis präsent zu sein. Die Menschen hier müssen mich erleben können. Bei allen Verpflichtungen: Meine Basis sind der Schwarzwald-Baar-Kreis und das Obere Kinzigtal. Da möchte ich gewählt werden. Da werde ich natürlich auch viel zu sehen sein.

Und wann bekommt Ihre Familie Sie zu Gesicht – ist der nächste Familienurlaub wenigstens geplant?

Tatsächlich wird nach der Wahl, das hoffe ich jedenfalls, keine Gelegenheit sein, sich auszuruhen. Der Handlungsdruck in Deutschland ist groß. Nach der Wahl erwarten die Menschen von uns zurecht Ergebnisse. Das heißt, wir müssen vom Reden ins Tun kommen. Und Gott sei Dank hat meine Familie sehr viel Verständnis für die Notwendigkeiten. Dafür bin ich, insbesondere meiner Frau, unendlich dankbar, denn das ist keine Selbstverständlichkeit.

Das Gespräch führte Cornelia Spitz

Thorsten Frei



Thorsten Frei. Foto: Kienzler

Beruflich Thorsten Frei war von 2004 bis 2013 Oberbürgermeister Donaueschingens und ist seit 2013 CDU-Bundestagsabgeordneter für den Schwarzwald-Baar-Kreis und seit 2021 Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion in Berlin.

Privat Der 51-Jährige ist in Bad Säckingen geboren, wohnhaft in Donaueschingen, verheiratet und Vater von drei Kindern. cos